Vortrag vom 24. Mai 2007
**Was ändert sich für den Versicherungsvermittler durch die Umsetzung
der Vermittlerrichtlinie?**

von Rechtsanwalt Dr. Rocco Jula
Fachanwalt für Versicherungsrecht
jula@jula-partner.de, Tel.: 030 327 02 880

I. AUSGANGSLAGE	2
II. ANWENDUNGSBEREICH	2
III. UMSETZUNG DER RICHTLINIE	3
IV. ERLAUBNISPFICHT FÜR DIE TÄTIGKEIT ALS VERSICHERUNGSVERMITTLER	4
1. Voraussetzungen	4
2. Ausnahmen von der Erlaubnispflicht:	6
a. Einkonzernvertreter	6
b. Zulassung im EU-Ausland	7
c. Produktakzessorischer Vermittler	7
d. Nebenberufliche Vermittler	7
V. BERUFSHAFTPFICHTVERSICHERUNG (§ 34 D GEWO)	9
VI. ZUGANGSVORAUSSETZUNG: SACHKUNDEPRÜFUNG BEI IHK	10
VII. VERMITTLERREGISTER	12
VIII. INFORMATIONEN, BERATUNGS- UND DOKUMENTATIONSPFLICHTEN (§§ 42 A BIS E VVG)	13
IX. KUNDENGELDSICHERUNG/ZAHLUNGSSICHERUNG	19
X. SCHLICHTUNGSSTELLE	20

I. Ausgangslage

Seit dem 22. Mai 2007 gilt das neue Vermittlerrecht. Damit wurde die Richtlinie 2002/92/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 09.12.2002 über die Versicherungsvermittlung (ABl L 9/3 vom 15.01.2003) umgesetzt und die Praxis der Versicherungsvermittlung grundlegend geändert. Dies gilt sowohl für Versicherungsmakler als auch für Versicherungsvertreter. Bisher unterlag die gewerbliche Tätigkeit der Versicherungsvermittlung in Deutschland keiner Berufszugangsschranke. Damit war Deutschland im Europa der bisherigen 15 Mitgliedsstaaten das einzige Land ohne Zulassungsbeschränkungen für Versicherungsvermittler. Betroffen sind nach den Schätzungen des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft ca. 6 – 8.000 Makler, 3.000 Mehrfachagenten und ca. 410.000 Ausschließlichkeitsvertreter¹.

Folgende Änderungen ergeben sich durch die Umsetzung der EU-Vermittlerrichtlinie:

- ❖ Erlaubnispflicht für die Tätigkeit als ungebundener Versicherungsvermittler
- ❖ Einführung einer Berufshaftpflichtversicherung als Pflichtversicherung
- ❖ umfangreiche Informations- und Dokumentationspflichten der Versicherungsvermittler mit haftungsrechtlichen Konsequenzen, Verpflichtung zur Kundengeldsicherung, Einführung einer Schlichtungsstelle.
- ❖ Regelung von Zugangsvoraussetzungen für die Versicherungsvermittlung,
- ❖ Registrierungspflicht des Versicherungsvermittlers durch Einführung eines Vermittlerregisters

II. Anwendungsbereich

Die Vermittlerrichtlinie gilt ausdrücklich nur für die selbständige Versicherungsvermittlung, also jene die nicht über Angestellte eines Versicherungsunternehmens erfolgt. Auch die Vermittlung eines Versicherers für andere, wie sie z.B. einer Gruppe geschieht, ist nicht Gegenstand der Richtlinie (siehe Art. 2 Nr. 3 der Richtlinie). Nach der Richtlinie ist Versicherungsvermittler jede natürliche oder juristische Person, die die Tätigkeit der Versicherungsvermittlung gegen Vergütung aufnimmt oder ausübt (Art. 2 Nr. 5 der Richtlinie).

¹ Siehe auch unter A.1. der Begründung zum Referenten-Entwurf, darunter sind allerdings nach Schätzungen des GDV ca. 320.000 nebenberufliche Vermittler.

Diese funktionale Definition des Versicherungsvermittlers hat der nationale Gesetzgeber nicht im VVG verankert, vielmehr lässt das VVG eine Definition des Versicherungsvermittlers offen. In § 42 a Abs. 1 VVG ist lediglich festgelegt, dass Versicherungsvermittler i.S.d. VVG der Versicherungsvertreter und der Versicherungsmakler ist. Sodann wird der Versicherungsvertreter als eine Person bezeichnet, die von einem Versicherer oder einem Versicherungsvertreter damit betraut ist, gewerbemäßig Versicherungsverträge zu vermitteln oder abzuschließen. Damit ist auch der Untervertreter Versicherungsvertreter i.S.d. VVG.

Der **Versicherungsmakler** wird definiert als derjenige, der gewerbsmäßig für den Auftraggeber die Vermittlung oder den Abschluss von Versicherungsverträgen übernimmt, ohne von einem Versicherer oder von einem Versicherungsvertreter damit betraut zu sein (§ 42 a Abs. 3 Satz 1 VVG). Der Vermittler, der dem Versicherungsnehmer gegenüber den Anschein erweckt, er erbringe seine Leistungen als Versicherungsmakler, obwohl er in Wirklichkeit, z.B. aufgrund eines Handelsvertretervertrages tätig ist, gilt als Makler (sog. Pseudo-Makler).

Die Richtlinie definiert „Versicherungsvermittlung“ als das Anbieten, Vorschlagen oder Durchführen anderer Vorbereitungsarbeiten zum Abschluss von Versicherungsverträgen oder das Abschließen von Versicherungsverträgen selbst, aber auch das Mitwirken bei der Verwaltung von Versicherungsverträgen, insbesondere im Schadensfall (Art. 2 Nr. 3 der Richtlinie). Der bundesdeutsche Gesetzgeber hat damit auch die Pflichten des Versicherungsvermittlers im Bereich der Verwaltung und Betreuung von Versicherungsverträgen zu regeln. Die §§ 42 a ff. VVG betreffen allerdings lediglich Mitteilungs- und Beratungspflichten bei der Vermittlung oder dem Abschluss von Versicherungsverträgen, aber nicht die Pflichten in der anschließenden Verwaltungs- oder Betreuungsphase, insbesondere im Schadensfall.

III. Umsetzung der Richtlinie

Die Richtlinie sollte bis zum 15.01.2005 in nationales Recht umgesetzt werden, was jedoch, infolge Säumnis des Gesetzgebers, nicht gelungen ist. Der Gesetzgeber hat mit Referentenentwurf vom 9.12.2004 zunächst versucht, die Richtlinie in zwei Stufen umzusetzen, was durch die Neuwahlen und den Regierungswechsel dann nicht realisiert wurde. Nach der Konstituierung der neuen Regierung zog einige Zeit ins Land bis das Bundeskabinett schließlich am 3.5.2006 den von Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie vorgelegten Entwurf zur Umsetzung der Richtlinie beschloss. Der Gesetzge-

bungsentwurf der Bundesregierung, der in den Bundestag eingebracht wurde, datiert vom 23.06.2006 (Bundestags-Drucksache 16/1935).

Das Gesetz wurde am 22.12.2006 mit geringfügigen Änderungen verkündet und tritt sechs Monate später, also am 22.05.2007 in Kraft. Das neue Gesetz setzt die Richtlinie insgesamt um. Damit wurden ab 22.05.2007 die Informations- und Dokumentationspflichten, die Kundengeldsicherung, die Berufshaftpflichtversicherung, die Schlichtungsstelle, das Vermittlerregister und die Regelungen über die Zugangsvoraussetzungen zur Vermittlertätigkeit eingeführt. Für die Erlaubnispflicht und die Registrierung gelten für bereits am 1.1.2007 tätige Vermittler Übergangsfristen bis zum 1.1.2009. Das sog. Vermittlergesetz ergänzt bzw. ändert insbesondere die Gewerbeordnung, das Versicherungsvertragsgesetz (§ 42 a-j VVG) und das Versicherungsaufsichtsgesetz. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie erließ eine Verordnung über die Versicherungsvermittlung (Versicherungsvermittlerverordnung-VersVermV), die ebenfalls am 22. Mai 2007 in Kraft trat und die u.a. Details zur Sachkundeprüfung, dem Vermittlerregister und zur Berufshaftpflichtversicherung enthält.

IV. Erlaubnispflicht für die Tätigkeit als Versicherungsvermittler

1. Voraussetzungen

Nunmehr bedarf grundsätzlich jeder, der gewerbsmäßig Versicherungen vermittelt einer Erlaubnis nach 34 d der Gewerbeordnung. Zuständig sind die Industrie- und Handelskammern. Diese führen auch das Vermittlerregister, in dem die Versicherungsvermittler eingetragen werden müssen.

Wer bereits per 1.1.2007 als Versicherungsvermittler tätig ist, bedarf für eine Übergangszeit bis zum 1.1.2009 keiner Erlaubnis. Der Vermittler muss aber sofort nach Inkrafttreten des Gesetzes eine Berufshaftpflichtversicherung abschließen und die Dokumentations- und Beratungspflichten einhalten.

Die Erlaubnis muss nach der gesetzlichen Vorgabe angeben, ob sie einem Versicherungsmakler oder Versicherungsvertreter betrifft. Der Versicherungsmakler darf nach dem Inhalt der Erlaubnis nunmehr ausdrücklich Versicherungsnehmer gegen Entgelt rechtlich beim Abschluss, der Änderung oder Prüfung von Versicherungsverträgen beraten. Die Honorarberatung ist damit zulässig.

Die Erlaubnispflicht betrifft auch den Untervermittler. Dieser bedarf grundsätzlich einer Erlaubnis, sofern er nicht „reiner Tippgeber“ ist. Der „Tippgeber“ nimmt keinen Einfluss auf die Willensbildung des Kunden und überlässt das Antragsgespräch, insbesondere die Antragsaufnahme dem Vermittler.

Ist der Untervermittler mit der Vermittlung von einem Versicherungsvertreter, also einen gebundenen Vermittler tätig, könnte für ihn alternativ das VU die Haftung übernehmen. Geschieht dies nicht, ist es im Ergebnis sehr riskant, ein freies Mitarbeiterverhältnis mit einem nachgeschalteten Vermittler zu begründen, ohne dass dieser eine eigene Erlaubnis unterhält. Ansatzpunkt wäre eine nur eingeschränkte Beauftragung, ohne dass derjenige eigenständig vermittelt. Eine derartige Konstruktion wäre sehr gefährlich, denn wenn die Person als Untervermittler eingeordnet wird, handeln sowohl Vermittler als auch Untervermittler ordnungswidrig und stehen möglicherweise ohne Haftpflichtversicherungschutz da. Haftpflichtversicherer dürften ohnehin Wert darauf legen, dass jeder Untervermittler einen eigenen Berufshaftpflichtversicherungsvertrag hat. Ein selbständiger Untervermittler sollte daher immer eine eigene Zulassung beantragen, wenn er für einen Makler tätig bzw. für einen Agenten tätig ist, sofern ein Versicherer für ihn nicht die Haftung übernommen hat.

Die Erlaubnis ist aus folgenden Gründen zu versagen:

1. wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass der Antragsteller die für den Gewerbebetrieb erforderliche Zuverlässigkeit nicht besitzt. Nach dem Gesetz besitzt die erforderliche Zuverlässigkeit in der Regel nicht, wer in den letzten fünf Jahren vor Stellung des Antrages wegen eines Verbrechens (Strafrahmen mindestens ein Jahr Freiheitsstrafe) oder wegen Diebstahls, Unterschlagung, Erpressung, Betrug, Untreue, Geldwäsche, Urkundenfälschung, Hehlerei, Wuchers oder einer Insolvenzstraftat rechtskräftig verurteilt worden ist.

2. der Antragsteller in ungeordneten Vermögensverhältnissen lebt. Dies ist in der Regel der Fall, wenn über das Vermögen des Antragstellers das Insolvenzverfahren eröffnet oder mangels Masse nicht eröffnet worden ist oder er die Richtigkeit seines Vermögensverzeichnis an Eides statt versichert hat, wobei die Abweisung mangels Masse und der sog. Offenbarungseid im Insolvenzverzeichnis bzw. Schuldnerverzeichnis vermerkt sein müssen².

3. der Antragsteller den Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung nicht erbringen kann oder

² Besteht bereits eine Erlaubnis und gerät der Inhaber in die Insolvenz, regelt § 12 der Gewerbeordnung, dass ein Untersagung der gewerblichen Tätigkeit bzw. ein Widerruf der Erlaubnis unter bestimmten Voraussetzungen zu unterbleiben hat, insbesondere wenn der Betrieb auf der Grundlage eines Insolvenzplans fortgeführt wird.

4. der Antragsteller nicht durch Sachkundeprüfung nachweist, dass er die für die Versicherungsvermittlung notwendige Sachkunde über die versicherungsfachlichen, insbesondere hinsichtlich Bedarf, Angebotsformen und Leistungsumfang, und rechtlichen Grundlagen sowie die Kundenberatung besitzt. Es ist nach § 34 d Abs. 2 Nr. 4 GewO ausreichend, wenn der Nachweis der Sachkunde durch eine angemessene Zahl von beim Antragsteller beschäftigten natürlichen Personen erbracht wird, denen die Aufsicht über die unmittelbar mit der Vermittlung von Versicherungen befassten Personen übertragen ist und die den Antragsteller vertreten dürfen³.

2. Ausnahmen von der Erlaubnispflicht:

Das Gesetz lässt vier Ausnahmen zu:

a. Einkonzernvertreter

Keiner Erlaubnis bedarf der sog. gebundene Vermittler. Dies ist ein Versicherungsvermittler, wenn

1. er seine Tätigkeit als Versicherungsvermittler ausschließlich im Auftrag eines oder, wenn die Versicherungsprodukte nicht in Konkurrenz stehen, mehrerer im Inland zum Geschäftsbetrieb befugten Versicherungsunternehmen ausübt und
2. durch das oder die Versicherungsunternehmen für ihn die uneingeschränkte Haftung aus seiner Vermittlertätigkeit übernommen wird.

Diese wichtige Ausnahme macht die Tätigkeit als Ausschließlichkeitsagent attraktiv. Dieser bedarf keiner Erlaubnis, muss keine Sachkundeprüfung ablegen und muss auch keine Berufshaftpflichtversicherung nachweisen. Für ihn gelten aber dennoch grundsätzlich die Informations-, Dokumentations- und Beratungspflichten. Auch wird er in das Vermittlerregister eingetragen. Die Versicherer müssen die Eintragung und Löschung im Register veranlassen und stellen eine angemessene Qualifikation sicher, so dass – so ist es beabsichtigt – auch ein Wechsel in die Tätigkeit des ungebundenen Vermittlers ohne Sachkundeprüfung möglich ist.

Die Versicherer dürfen mit Ausschließlichkeitsagenten nur zusammenarbeiten, die zuverlässig sind und in geordneten Vermögensverhältnissen leben. Außerdem müssen die Versicherer sicherstellen, dass die Agenten ausreichend qualifiziert zur Vermittlung der angebotenen Versicherungen sind.

³ Dies setzt die Einräumung einer Vollmacht voraus, die betreffenden Personen müssen daher mindestens mit Handlungsvollmacht gemäß § 54 HGB ausgestattet werden (siehe *Beenken*, Versicherungsvertrieb 2007, 30).

b. Zulassung im EU-Ausland

Bereits im EU-Ausland zugelassene Vermittler dürfen auch im Inland ihre Tätigkeit ausüben dürfen, ohne dass sie hierfür eine weitere Zulassung benötigen (§ 34d Abs. 5 GewO). Damit wird die Dienstleistungsfreiheit gewahrt.

c. Produktakzessorischer Vermittler

Der produktakzessorische Vermittler ist jener, der die Versicherung als Ergänzung der im Rahmen seiner Haupttätigkeit gelieferten Waren oder Dienstleistungen vermittelt. Dies kann ein Kfz-Händler sein, der Kraftfahrtversicherungen verkauft, der Spediteur bzw. Frachtführer, der für andere Transportversicherungen abschließt, der Bestattungsunternehmer, der Sterbegeldversicherungen vermittelt, die Bank, die Restschuldversicherungen veräußert oder der Reiseveranstalter bzw. das Reisebüro, das Reiseversicherungen vermittelt. Teilweise überschneidet sich der Befreiungstatbestand mit der Ausnahmevorschrift, die für den nebenberufliche Vermittler gilt.

Auf Antrag hat die zuständige IHK dem produktakzessorischen Vermittler von der Erlaubnispflicht zu befreien, wenn dieser nachweisen kann, dass

1. er seine Tätigkeit als Versicherungsvermittler unmittelbar im Auftrag eines oder mehrerer Versicherungsvermittler, die Inhaber einer Erlaubnis sind, oder eines oder mehrerer Versicherungsunternehmen ausübt,
2. für ihn eine Berufshaftpflichtversicherung im gesetzlich geforderten Umfang besteht, und
3. er zuverlässig sowie angemessen qualifiziert ist und nicht in ungeordneten Vermögensverhältnissen lebt, wobei als Nachweis hierfür ist eine Erklärung der in Nummer 1 bezeichneten Auftraggeber ausreichend ist, wobei sich diese verpflichten müssen, die für die Vermittlung der jeweiligen Versicherung angemessene Qualifikation des Antragstellers sicherzustellen.

d. Nebenberufliche Vermittler

Das neue Vermittlerrecht nimmt in § 34 d Abs. 9 GewO drei Vermittler von der Erlaubnispflicht aus, die sich unter der „Überschrift“ nebenberufliche Versicherungsvermittlung zusammenfassen lassen. Hierbei gibt es Überschneidungen mit dem produktakzessorischen Vertreter. Die im Gesetz genannten „Nebenberufler“ unterliegen weder der Erlaubnispflicht noch der Registrie-

rungspflicht und auch nicht der Verpflichtung, sich gegen Haftpflichtrisiken zu versichern.

Die nebenberufliche Vermittlung als sog. „echter Annexvertrieb“ – üblich z.B. bei Garantiever sicherungen für Kfz, Brillen, Haushaltsgeräte u.ä oder Reiseversicherungen - ist dann ohne Erlaubnis und übrigens auch ohne Registrierung und Haftpflichtversicherungsschutz statthaft, sofern

1. sie ausschließlich Versicherungsverträge betrifft, für die nur Kenntnisse des angebotenen Versicherungsschutzes erforderlich sind,
2. sie keine Lebensversicherungen oder Versicherungen zur Abdeckung von Haftpflichtrisiken betrifft,
3. sie sich auf die Versicherung eine Zusatzleistung zur Lieferung einer Ware oder der Erbringung einer Dienstleistung bezieht und entweder das Risiko eines Defekts, eines Verlusts oder einer Beschädigung von Gütern abdeckt oder die Beschädigung, den Verlust von Gepäck oder andere Risiken im Zusammenhang mit einer bei dem Gewerbetreibenden gebuchten Reise, einschließlich Haftpflicht- oder Unfallversicherungsrisiken, sofern die Deckung zusätzlich zur Hauptversicherungsdeckung für Risiken im Zusammenhang mit dieser Reise gewährt wird,
4. die Jahresprämie einen Betrag von 500 Euro nicht übersteigt und
5. die Gesamtlaufzeit einschließlich etwaiger Verlängerungen nicht mehr als fünf Jahre beträgt.

Diese nebenberuflichen Vermittler sind auch von der Informations-, Beratungs- und Dokumentationspflichten ausgenommen.

Keiner Erlaubnis bedürfen zudem Gewerbetreibende, die als Bausparkasse oder als von einer Bausparkasse beauftragter Vermittler für Bausparer als Bestandteile der Bausparverträge Versicherungen im Rahmen eines Kollektivvertrages vermitteln, die ausschließlich dazu bestimmt sind, die Rückzahlungsforderungen der Bausparkasse aus gewährten Darlehen abzusichern und Gewerbetreibende, die als Zusatzleistung zur Lieferung einer Ware oder der Erbringung einer Dienstleistung im Zusammenhang mit Verbraucherdarlehen bzw. Leasingsverträgen Restschuldversicherungen vermitteln, deren Jahresprämie einen Betrag von 500 Euro nicht übersteigt. Die beiden letztgenannten Vermittler unterliegen jedoch den Beratungs- und Dokumentationspflichten.

	Erlaubnis gemäß § 34 d GewO	Berufshaftpflichtversicherung	Vermittlerregister	Sachkundeprüfung	Beratungs- / Dokumentationspflichten
Versicherungsmakler Mehrfachagenten Ausschließlichkeitsvermittler (ohne Haftungsübernahme durch Versicherer)	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Ausschließlichkeitsvermittler (mit Haftungsübernahme durch Versicherer)	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja
Vermittler in Ergänzung anderes Hauptgewerbe (produktakzessorischer Vermittler, z.B. Kfz-Händler)	Nein, auf Antrag	Ja	Ja	Nein	Ja
Nebenberufliche Vermittler im Annexvertrieb	Nein	Nein	Nein	Nein	nur bei VV i. V.m. Bau-sparV u. RSV

V. Berufshaftpflichtversicherung (§ 34 d GewO)

§ 34 d der Gewerbeordnung (GewO) ordnet an, dass der Versicherungsvermittler eine Berufshaftpflichtversicherung abzuschließen und für die Dauer seiner Tätigkeit aufrechtzuerhalten hat.

Von der Versicherungspflicht sind ausgenommen:

Gebundene Vermittler, sofern das bzw. die Versicherungsunternehmen für sie die uneingeschränkte Haftung aus ihrer Vermittlertätigkeit übernehmen. Ebenfalls nicht zum Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung verpflichtet sind nebenberufliche Vermittler gemäß § 34d Abs. 9 Nr. 1 bis 3 GewO.

Die Mindestversicherungssumme der Berufshaftpflichtversicherung des Vermittlers muss 1.000.000,00 Euro pro Versicherungsfall und 1.500.000,00 Euro für alle Versicherungsfälle eines Jahres betragen. Dabei sind nach § 9 Abs. 5 VersVermV marktübliche Ausschlüsse statthaft. Diese Formulierung ist unglücklich, da über die Marktüblichkeit Streit entstehen wird. Wünschenswert wäre eine abschließende Aufzählung zulässiger Ausschlüsse. Ausdrücklich als zulässiger Ausschluss erwähnt, ist lediglich – wie

üblicherweise bei Berufshaftpflichtversicherungen praktiziert – die *wissentliche* Pflichtverletzung. Dieser Ausschluss kann in der Praxis häufig eingreifen.

Beispiel: Der Versicherungsmakler nimmt bei Antragsaufnahme einer Krankenversicherung eine Vorerkrankung nicht auf, obwohl der Versicherungsnehmer ihm diese mitteilt. Auf Nachfrage des Versicherungsnehmers, warum die Aufnahme im Antrag unterbleibt, teilt der Versicherungsmakler wahrheitswidrig mit, dass eine Vorerkrankung nur angegeben werden müsse, die noch aktuell behandlungsbedürftig sei. Aufgrund dieser wissentlichen Pflichtverletzung entfällt der Versicherungsschutz, sofern der Ausschluss wegen wissentlicher Pflichtverletzung in den Bedingungen der Vermögensschadenshaftpflichtversicherung vereinbart ist.

Bei der Berufshaftpflichtversicherung der Vermittler dürfte das Verstoßprinzip gelten. Dies folgt aus § 9 Abs. 4 der Versicherungsvermittlervordnung (VersVermV), da danach ist Versicherungsschutz für jede einzelne Pflichtverletzung zu gewähren. Eine Begrenzung der Nachhaftung sieht die Verordnung in ihrer letzten Fassung nicht mehr vor. Im vorhergehenden Entwurf konnte Versicherungsschutz für *Verstöße* ausgeschlossen werden, die dem Versicherer später als fünf Jahre nach Beendigung des Versicherungsvertrages gemeldet wurden.

VI. Zugangsvoraussetzung: Sachkundeprüfung bei IHK

Die Erlaubnis als Versicherungsvermittler darf grundsätzlich nur derjenige erhalten, der eine entsprechende Sachkundeprüfung bei der IHK abgelegt hat (§§ 1 bis 4 VersVermV). Danach darf er die Bezeichnung **Versicherungsfachmann/-frau IHK** führen.

Der bisherige Versicherungsfachmann des Berufsbildungswerks der Versicherungswirtschaft (BWV) ersetzt künftig nicht mehr die IHK-Prüfung für den erlaubnispflichtigen freien Vermittler. Wer allerdings bis zum 1.1.2009 den Versicherungsfachmann/BWV erworben hat bzw. noch erwirbt, muss aufgrund einer Übergangsvorschrift in § 19 VersVermV keine Sachkundeprüfung ablegen.

Wer zudem seit dem 31. August 2000 selbständig oder unselbständig ununterbrochen als Versicherungsvermittler tätig war, muss sich keiner Sachkundeprüfung unterziehen, wenn er die Erlaubnis als Versicherungsvermittler spätestens bis zum 1. Januar 2009 beantragt.

Das BWV darf jedoch wie andere Anbieter auch, auf die Sachkundeprüfung der IHK vorbereiten. Außerdem behält der Versicherungsfachmann des BWV

Bedeutung als Mindestqualifikation für den gebundenen Vermittler, für den die Haftung seitens eines Versicherers übernommen wird und der daher keiner Erlaubnis bedarf. Wenn beim gebundenen Vermittler der Versicherungsfachmann/BWV als angemessene Mindestqualifikation angesehen wird, so stellt sich allerdings die Frage, warum dies künftig für den ungebundenen Vermittler nicht genügen soll, zumal der gebundene Vermittler grundsätzlich mit seiner angemessenen Mindestqualifikation in die Tätigkeit des freien Vermittler wechseln können soll.

Die Sachkundeprüfung für die freien Vermittler ist nur entbehrlich bei Qualifikationen vom Versicherungskaufmann bzw. -kauffrau „aufwärts“ (bzw. Kaufmann oder Kauffrau für Versicherungen und Finanzen). Daher müssen sich Versicherungskaufleute und Versicherungsfachwirte keiner Sachkundeprüfung unterziehen. Gleiches gilt für den Fachwirt bzw. Fachwirtin für Finanzberatung. Ebenfalls lassen ein abgeschlossenes Studium der Rechtswissenschaft sowie der Betriebswirtschaft eine Sachkundeprüfung entbehrlich werden, sofern die Fachrichtung Versicherungen gewählt wurde. Die IHK kann weitere Studienabschlüsse als gleichwertig anerkennen⁴.

Fachberater für Finanzdienstleistungen und Bankkaufleute müssen dann keine Sachkundeprüfung ablegen, wenn sie eine zweijährige Berufserfahrung im Bereich der Versicherungsvermittlung nachweisen können.

Die Sachkundeprüfung besteht aus einem schriftlichen und einem praktischen Teil. Die Klausur bezieht sich im Schwerpunkt auf die versicherungsfachlichen Grundlagen der wichtigsten Sparten, wobei die VersVermV folgende Sparten hervorhebt, jedoch nicht als abschließend betrachtet: LebensV, BerufsunfähigkeitsV, RentenV, UnfallV, Kranken- und PflegeV, HaftpflichtV, KraftfahrtV, HausratV, GebäudeV, RechtsschutzV. Daneben werden die rechtlichen Grundlagen für die Versicherungsvermittlung und –beratung geprüft. Ebenfalls Prüfungsgegenstand sind die sozialversicherungsrechtlichen Rahmenbedingungen sowie die Grundzüge der staatlich und betrieblich geförderten Altersvorsorge.

Der praktische Teil besteht aus einer Simulation eines Kundengesprächs, wobei der Prüfling zwischen dem Sachgebiet „Vorsorge“ oder „Sach- und Vermögensversicherung“ wählen kann. Überprüft werden soll, ob der Prüfling im Rahmen der Kundenberatung, die Bedarfsermittlung korrekt vornimmt, Lösungsmöglichkeiten aufzeigt und hierbei das Produkt überzeugend darstellt und ausreichend über darüber informiert.

⁴ Dazu gehört sicherlich der Versicherungsbetriebswirt DVA, wobei dieser den Versicherungsfachwirt IHK voraussetzt, so dass in der Regel jeder Versicherungsbetriebswirt gleichzeitig Versicherungsfachwirt ist.

VII. Vermittlerregister

Die örtlichen Industrie- und Handelskammern führen die Vermittlungsregister (§11 a GewO). Damit liegt die Zuständigkeit für die Erlaubniserteilung, die Sachkundeprüfung und die Registrierung in einer Hand. Zweck des Registers ist es insbesondere, der Allgemeinheit, vor allem Versicherungsnehmern und Versicherungsunternehmen, die Überprüfung der Zulassung sowie des Umfangs der zugelassenen Tätigkeit der Eintragungspflichtigen zu ermöglichen (§ 11 a Abs. 1 Satz 2 GewO). Auskünfte aus dem Register werden an jedermann im Wege des automatisierten Abrufs über das Internet oder schriftlich erteilt. Die registerführenden Industrie- und Handelskammern müssen gewährleisten, dass eine gleichzeitige Abfrage bei allen Registern aller IHKS möglich ist.

In das Register werden nicht nur die Vermittler eingetragen, die einer Erlaubnis bedürfen, sondern auch die hiervon befreiten Einfirmenvertreter sowie die von der Erlaubnispflicht auf Antrag befreiten produktakzessorischen Vermittler. Die Versicherer bzw. bei produktakzessorischen Untervermittlern der Hauptvermittler sind verpflichtet der registerführenden Behörde die Daten und zu übermitteln. Die Beendigung der Zusammenarbeit mit dem Einfirmenvertreter hat der Versicherer der zuständigen IHK anzuzeigen, worauf die Eintragung des Vermittlers gelöscht wird.

Im übrigen sind sonstige Personen, die für den Vermittler den Kunden beraten oder betreuen, nicht in das Register einzutragen. Die Versicherungsvermittler haben jedoch sicherzustellen, dass diese Personen über die für die Vermittlung der jeweiligen Versicherung angemessenen Qualifikation verfügen und sie die Zuverlässigkeit der Berater geprüft haben.

Die Daten, die im Register eingetragen werden, entsprechen im wesentlichen den Informationspflichten nach § 11 VersVermV (siehe sogleich bei VIII.). Bei von der Erlaubnispflicht befreiten Vermittlern ist das die Haftung übernehmende Versicherungsunternehmen zu vermerken. Ferner ist das Geburtsdatum zu vermerken.

In § 7 der VersVermV heißt es unter der Überschrift „eingeschränkter Zugang“, dass die Registerbehörde die Geschäftsanschrift und das Geburtsdatum des Vermittlers sowie das die Haftung übernehmende Versicherungsunternehmen nicht im Wege des automatisierten Abrufs bekannt geben soll und diese Auskünfte nur schriftlich den zuständigen Behörden, zB. zur Vorbereitung einer Gewerbeuntersagung, mitgeteilt werden dürfen. Diese Register-

sperre entwertet das Vermittlergesetz deutlich, da die effektive Durchsetzung von Ansprüchen unnötig erschwert wird.

VIII. Informations, Beratungs- und Dokumentationspflichten (§§ 42 a bis e VVG)

Der Versicherungsvermittler hat gemäß § 11 VersVermV dem Versicherungsnehmer beim ersten Kontakt – also schon vor Abgabe des Antrages durch den Versicherungsnehmer - folgende Angaben klar und verständlich **in Textform** mitzuteilen:

1. seinen Namen und ggf. seine Firma,
2. seine Geschäftsanschrift, Telefon-, Faxnummer, den Hinweis auf das Vermittlerregister mit Internet-domain und Registrierungsnummer
3. seinen Status, also ob er als Versicherungsmakler oder Versicherungsvertreter tätig wird (ggf. ob und auf welcher Grundlage er ohne Erlaubnis als gebundener oder sog. produktakzessorischer Versicherungsvertreter tätig wird),
4. ob er eine direkte oder indirekte Beteiligung von über 10 % an den Stimmrechten oder am Kapital eines Versicherungsnehmers besitzt,
5. ob ein Versicherungsunternehmen oder das Mutterunternehmen eines Versicherungsunternehmens eine direkte oder indirekte Beteiligung von über 10 % an den Stimmrechten oder am Kapital des Gewerbetreibenden besitzt,
6. Anschrift der Schlichtungsstelle nach § 42 k des Gesetzes über den Versicherungsvertrag.

Bei vorsätzlichen oder fahrlässigen Verstößen handelt der Vermittler ordnungswidrig, was mit einem Bußgeld geahndet werden kann. Der Informationspflichtige hat sicherzustellen, dass auch seine Angestellten die Informationspflichten erfüllen. Diese Verpflichtung wurde allerdings bisher nicht als Ordnungswidrigkeit ausgestaltet.

Den Versicherungsvermittler treffen zudem umfassende **Beratungs- und Dokumentationspflichten**. Diese sind künftig in **§ 42 c VVG** geregelt. Dort heißt es dass *„der Versicherungsvermittler den Versicherungsnehmer, soweit nach der Schwierigkeit die angebotene Versicherung zu beurteilen, oder der Person des Versicherungsnehmers und dessen Situation hierfür Anlass besteht, nach seinen Wünschen und Bedürfnissen zu befragen hat und, auch unter Berücksichtigung eines angemessenen Verhältnisses zwischen Beratungsaufwand und der vom Versicherungsnehmer zu zahlenden Prämien, zu*

beraten hat sowie die Gründe für jeden zu einer bestimmten Versicherung erteilten Rat anzugeben. Er hat dies unter Berücksichtigung der Komplexität des angebotenen Versicherungsvertrags nach § 42d VVG zu dokumentieren.“

Die Formulierungen des Gesetzes sind äußerst vage.

Wann ist es schwierig, die angebotene Versicherung zu beurteilen? Kann beispielsweise vorausgesetzt werden, dass jeder weiß, was eine private Haftpflichtversicherung oder Rechtsschutzversicherung zumindest in ihren Grundlagen bietet? Muss der Versicherungsnehmer beispielsweise wissen, dass der Rechtsschutzversicherer nur die Kosten und nicht den sonstigen Schaden des Versicherungsnehmers bzw. der versicherten Personen abdeckt? Muss der Versicherungsnehmer wissen, dass der Rechtsschutzversicherer nicht die Kosten für die Abwehr von Schadensersatzansprüchen deckt, weil dies gerade Funktion einer Haftpflichtversicherung ist? Meines Erachtens können keine große Anforderungen gestellt werden! Versicherungsprodukte sind immer schwierig zu beurteilen, dies gilt für Verbraucher ebenso wie für gewerbliche Kunden. Die Gesetzesbegründung meint, dass die Befragungspflicht des Vermittlers nicht auf eine generelle Pflicht zur Erstellung einer allgemeinen Risikoanalyse hinauslaufen soll.

Wie weitgehend muss der Vermittler fragen, welche Daten muss er erheben und dokumentieren? Wann besteht nach der Person und der Situation des Versicherungsnehmers konkreter Anlass zu weiteren Fragen und Beratung? Muss er Hobbies abfragen, um gefährliche Tätigkeiten zu ermitteln? Muss er prüfen, welche mitversicherten Personen in Betracht kommen und ob die Voraussetzungen des Einschlusses der Personen vorliegen? War Anlass der Abschluss einer privaten Unfallversicherung, erhält der Vermittler jedoch Anhaltspunkte für einen Bedarf nach Krankentagegeld oder Berufsunfähigkeitschutz, muss er diese ggf. bestehenden Deckungslücken ansprechen, auch wenn der Versicherungsnehmer ausdrücklich nur eine Beratung für eine Unfallversicherung wünschte? Die Gesetzesbegründung teilt in ihrer Anmerkung zu § 42 c Abs. 1 VVG mit, dass der Vermittler nicht von sich aus nach einer Berufsunfähigkeitsversicherung fragen muss, wenn er wegen einer Hausratversicherung kontaktiert wurde. Ob die Richter dies in künftigen Haftungsprozessen auch so entscheiden werden, bleibt abzuwarten.

Der Vermittler hat den Versicherungsnehmer also nach seinen Wünschen und Bedürfnissen zu befragen und dies zu dokumentieren und diesen hierbei unter Berücksichtigung eines angemessenen Verhältnisses zwischen dem Beratungsaufwand und der von dem Versicherungsnehmer zu zahlenden

Prämie zu beraten. Die Beratung ist ebenfalls zu dokumentieren. Wann ist das angemessene Verhältnis nicht mehr gewahrt?

Das Gesetz wirft eine Reihe von Fragen auf, für die die Rechtsprechung Lösungen entwickeln muss.

Das VVG geht beim **Versicherungsmakler** – nicht beim Agenten - in Anlehnung an die Richtlinie von zwei Möglichkeiten der Beratung aus:

Entweder berät gemäß § 42 b VVG der Versicherungsmakler objektiv auf der Grundlage einer *hinreichenden* Zahl von auf dem Markt angebotenen Versicherungsverträgen und Versicherern oder aber er erteilt seinen Rat und erbringt seine Vermittlungsleistung lediglich auf einer eingeschränkten Auswahl, ggf. auch als Einfirmenvertreter. Im letzteren Fall, wenn also **nicht eine hinreichende** Zahl von Versicherungsverträgen bzw. Versicherern zugrunde gelegt werden, hat der Vermittler – übrigens insoweit nicht nur der Versicherungsmakler, sondern auch der Versicherungsvertreter - mitzuteilen, auf welcher Markt- und Informationsgrundlage er seine Leistungen erbringt und die Namen der seinem Rat zugrunde gelegten Versicherer zu benennen. Es liegt auf der Hand, dass es nicht nur für den Vermittler schwer einzuschätzen ist, was unter Markt- und Informationsgrundlage im einzelnen zu verstehen ist. Was muss er angeben? Die von ihm bezogenen Newsletter, verwendete Vergleichsprogramme, von ihm ausgewertete Zeitschriften? Wie detailliert muss die Mitteilung sein? Auch ist der Versicherungsnehmer darauf hinzuweisen, ob eine Ausschließlichkeitsbindung besteht.

Sofern der Kunde auf die vorgenannten Mitteilungen – also die Angabe der Markt- und Informationsgrundlage sowie der Benennung der Versicherer - verzichtet, bedarf dies einer gesonderten schriftlichen Erklärung (§ 42 b Abs. 3 VVG). Hierbei muss an dieser Stelle – im Gegensatz zum Verzicht auf die Beratung und Dokumentation – der Vermittler den Kunden nicht darauf hinweisen, dass dieser dadurch ggf. Schadensersatzansprüche verliert.

Erbringt der Versicherungsmakler die Beratung auf der Grundlage einer hinreichenden Anzahl von Versicherern, kann der Versicherungsnehmer auf dieses Erfordernis nicht verzichten.

Es liegt auf der Hand, dass sich in der Praxis Abgrenzungsschwierigkeiten ergeben werden, wann eine hinreichende Auswahl von Versicherungsverträgen bzw. von Versicherern bejaht werden kann. Sind hierfür 10, 20, 60 oder gar 100 Versicherer erforderlich? Reicht es, wenn der Vermittler vorträgt, dass er grundsätzlich 60 Versicherer vermittelt, ohne dass diese 60 Versicherer das in Rede stehende Versicherungsprodukt, etwa einen Hausrats-

versicherungsvertrag, anbietet, oder kommt es auf die Zahl der vermittelten Hausratversicherer an? Gibt es in bestimmten Segmenten, wie etwa in der Kreditversicherung, nur wenige Anbieter, ist zu prüfen, wann hier eine hinreichende Zahl als erfüllt angesehen werden kann. Wenn es nur drei Versicherer gibt, die überhaupt ein bestimmtes Produkt anbieten, kann dann bereits die Vermittlung eines Versicherers den Tatbestand der hinreichenden Anzahl erfüllen?

Da der Versicherungsvermittler gemäß § 42 b II 1 VVG lediglich verpflichtet ist, seine Beratung auf der Grundlage einer hinreichenden Zahl von auf dem Markt angebotenen Versicherungsverträgen zugrunde zu legen, ist eine umfassende Verpflichtung zum „Best Advice“ vom Tisch, d.h. kein Versicherungsvermittler muss europaweit alle Versicherer und ihre Produkte bei seiner Auswahl berücksichtigen, um für den Versicherungsnehmer die geeignete Police herauszusuchen.

Der Versicherungsvermittler hat zu beraten und die Beratung in Textform zu dokumentieren. Eine Gegenzeichnung vom Versicherungsnehmer ist nicht vorgesehen, bietet sich aber aus Sicht des Vermittlers wegen der Beweisbarkeit der stattgefundenen Beratung an. Ein vom Versicherungsnehmer unterschriebenes Beratungsprotokoll dürfte m.E. die widerlegliche Vermutung der Vollständigkeit und Richtigkeit begründen.

Die Informationen nach § 42 b VVG (Hinweis auf ggf. eingeschränkte Auswahl der Versicherer mit Mitteilung der Markt- und Informationsgrundlage und Benennung der Versicherer) sind vor Abgabe der Vertragserklärung des Versicherungsnehmer, also vor Antragstellung zu tätigen, während die Beratung und Dokumentation **vor** Vertragsschluss vorzunehmen sind (§ 42 d VVG). Auch diese Regelung ist auslegungsbedürftig. Muss der Vermittler vor Antragstellung beraten und darf er sich lediglich mit der schriftlichen Dokumentation bis zum Vertragsschluss (Übersendung Police) Zeit lassen? Genügt die gleichzeitige Übermittlung des Beratungsprotokolls mit der Police? Dies wäre genaugenommen nicht mehr vor Vertragsschluss.

Der Versicherungsnehmer kann auf die Beratung und Dokumentation durch gesonderte schriftliche Erklärung verzichten. Ein Verzicht setzt jedoch voraus, dass der Versicherungsvermittler ausdrücklich darauf hinweist, dass sich ein solcher Verzicht nachteilig auf die Möglichkeit des Versicherungsnehmers auswirken kann, gegen den Versicherungsvermittler den **Schadensersatzanspruch nach § 42 e VVG** geltend zu machen. Danach ist der Versicherungsvermittler zum Ersatz des Schadens verpflichtet, der dem Versicherungsnehmer durch die Verletzung der Beratungs- und Dokumentati-

onspflichten entsteht. Eine Ordnungswidrigkeit stellt die Verletzung der Beratungs- und Dokumentationspflicht nicht dar.

Diese Schadensersatzpflicht wirft zahlreiche Folgeprobleme auf. Es muss in jedem Einzelfall geklärt werden, wie sich der Versicherungsnehmer „aufklärungsrichtig“ verhalten hätte. Hätte der Versicherungsnehmer überhaupt keine Versicherung oder eine andere Versicherung mit anderer Deckung bzw. anderer Prämie abgeschlossen?

Beispiel: Der Versicherungsvermittler berät beim Abschluss einer privaten Krankenversicherung. Er vergisst die Möglichkeit des Abschlusses von Krankentagegeld zu erwähnen. Daraufhin wird der Vertrag ohne Krankentagegeld abgeschlossen. Zwei Jahre später erkrankt der Versicherungsnehmer schwer, er erfährt nunmehr, dass er Krankentagegeld gar nicht versichert hat. Wie hätte er sich aufklärungsrichtig verhalten? Hätte er, um die Prämie zu sparen, kein Krankentagegeld eingeschlossen? Hätte er Krankentagegeld ggf. mit welcher Karenzzeit vereinbart? Im Schadensfall wird der Versicherungsnehmer möglicherweise behaupten, er hätte ein Krankentagegeld mit möglichst kurzer Karenzzeit vereinbart, damit er für die jetzige Erkrankung in den Genuss eines hohen Krankentagegeld im Wege des Schadenersatzes kommt. Wie sich der Versicherungsnehmer tatsächlich verhalten hätte, lässt sich im Nachhinein kaum feststellen. Die Beratungs- und Dokumentationspflichten stoßen auf Grenzen, da nicht jeder Tarif und jede Variante dokumentiert werden können. Bei der Berechnung des Schadensersatzes ist sodann zu berücksichtigen, dass der Versicherungsnehmer Prämien für die Krankentagegeldversicherung eingespart hat. Diese Ersparnis ist anspruchsmindernd in Abzug zu bringen. Auch hier stellt sich das Problem, wie hoch die Prämie gewesen wäre, da das Krankentagegeld nicht notwendigerweise beim selben Versicherer hätte versichert werden müssen. Möglicherweise macht hier der Versicherungsnehmer geltend, dass er bei einem anderen Versicherer eine günstigere Prämie hätte zahlen können und der Versicherungsvermittler ihm diesen Versicherer hätte anbieten müssen. Dies wird jedenfalls dann gelten, wenn zu der hinreichenden Anzahl von Versicherern auch solche zählen, die eine günstigere Prämie anbieten.

Das Beispiel zeigt schon, welche rechtlichen Schwierigkeiten bei der Umsetzung dieser Schadensersatzverpflichtung auftreten werden.

Es dürfte auch zu klären sein, wie sich das Rechtsverhältnis zwischen Versicherungsnehmer und Versicherer im Einzelnen vor dem Hintergrund der Vermittlerhaftung darstellt. Den Vermittler, auch den Handelsvertreter, der im Lager des Versicherers steht und in dessen Namen auftritt, trifft die Vermittlerhaftung persönlich. Das Verhalten des Versicherungsvertreeters, d.h. eines

Handelsvertreter ist jedoch dem Versicherer zuzurechnen, so dass sich in dieser Konstellation auch eine Haftung des Versicherers selbst bei Verletzung der Informations- und Beratungspflichten ergeben müsste, wobei der Versicherer im Innenverhältnis beim Vermittler Regress nehmen könnte. Wir haben ab 22.05.2007 die Situation dass die Haftung des Vermittlers, nicht aber jene des Versicherers spezialgesetzlich geregelt ist. Für den Versicherer gelten bisher die allgemeinen haftungsrechtlichen Vorschriften des BGB, insbesondere der § 280 BGB (Schadensersatzpflicht für Schäden infolge von zu vertretenden Pflichtverletzungen). Der Gesetzgeber hat dies erkannt und wird nunmehr mit Wirkung ab 1.1.2008 erstmals spezialgesetzlich Beratungs- und Dokumentationspflichten des Versicherers regeln. Nach § 6 Abs. 1 des neuen VVG hat dann auch der Versicherer den Versicherungsnehmer, soweit nach der Schwierigkeit die angebotene Versicherung zu beurteilen, oder der Person des Versicherungsnehmers und dessen Situation hierfür Anlass besteht, nach seinen Wünschen und Bedürfnissen zu befragen und – auch unter Berücksichtigung eines angemessenen Verhältnisses zwischen Beratungsaufwand und der vom Versicherungsnehmer zu zahlenden Prämien – zu beraten. Ferner sind die Gründe für jeden zu einer bestimmten Versicherung erteilten Rat anzugeben. Diese Vielzahl der unbestimmten Rechtsbegriffe in dieser Regelung schafft eine Reihe von Auslegungsproblemen. Beabsichtigt ist auch eine Regelung, wonach der Versicherungsnehmer durch gesonderte schriftliche Erklärung auf die Beratung und Dokumentation verzichten kann, wobei die Regelung voraussetzt, dass der Versicherungsnehmer vom Versicherer ausdrücklich darauf hingewiesen wird, dass sich ein Verzicht nachteilig auf seine Möglichkeit auswirken kann, gegen den Versicherer einen Schadensersatzanspruch nach § 6 Abs. 5 des neuen VVG geltend zu machen. Danach haftet nämlich der Versicherer, wenn er seine Beratungs- und Dokumentationspflichten verletzt, sofern dem Versicherungsnehmer hierdurch ein Schaden entsteht und der Versicherer die Pflichtverletzung zu vertreten hat.

Erfolgt die Verletzung der Beratungs- und Dokumentationspflichten von einem Versicherungsmakler und ist dem Versicherungsnehmer hierdurch ein Schaden entstanden, trifft den Versicherer hingegen keine Haftung.

Die Schadensersatzpflicht wird – wie ausgeführt - gemäß § 42 e VVG auch dann ausgelöst, wenn der Versicherungsvermittler entgegen § 42 b VVG gegen die Verpflichtung verstößt, die Beratungsgrundlage mitzuteilen. Danach ist der Versicherungsvermittler verpflichtet, auf eine ggf. vorhandene eingeschränkte Auswahl an Versicherern hinzuweisen und hierbei den Namen der der Beratung zugrunde gelegten Versicherer anzugeben. Der Versicherungsvermittler hat mitzuteilen, für welche Versicherer er seine Tätigkeit ausübt und ob er ausschließlich für diese tätig wird. Auf die vorgenannte Hin-

weispflicht kann der Versicherungsnehmer ebenfalls durch gesonderte schriftliche Erklärung verzichten. Die Verpflichtung auf die eingeschränkte Auswahl hinzuweisen, trifft nicht den Makler, wenn er seiner Vermittlungsleistung eine hinreichende Zahl von Versicherern zugrunde legt.

Die Information des Versicherungsnehmers hat grundsätzlich vor Antragsunterzeichnung mindestens in Textform, wozu auch eine eMail zählt, zu erfolgen. Nur soweit der Versicherer vorläufige Deckung auf Wunsch des Versicherungsnehmers gewährt, dürfen die Vermittler die Informationen bezüglich der Beratungsgrundlage sowie die Beratungsempfehlungen mündlich erteilen.

IX. Kundengeldsicherung/Zahlungssicherung

Ein Versicherungsvertreter – nicht der Versicherungsmakler - gilt als bevollmächtigt, Zahlungen, die der Versicherungsnehmer bei der Vermittlung oder dem Abschluss eines Versicherungsvertrages an ihn leistet, anzunehmen (§ 42 f VVG). Der Versicherer kann diese Vollmacht nur dann wirksam zulasten des Versicherungsnehmers beschränken, wenn der Versicherungsnehmer die Beschränkung bei der Vornahme der Zahlung kannte oder infolge grober Fahrlässigkeit nicht kannte.

Sofern umgekehrt der Versicherungsvermittler, also der Agent oder Makler, Inkassovollmacht von dem Versicherungsnehmer erhält, etwa um für diesen Schadenszahlungen entgegenzunehmen, ist diese Vollmacht nur wirksam, wenn sie gesondert schriftlich vom Versicherungsnehmer erteilt wird. Nur dann kann der Versicherer schuldbefreiend an den Versicherungsvermittler zahlen.

Der Versicherungsvermittler ist verpflichtet, zur Absicherung von Geldern des Versicherungsnehmers Sicherheit zu stellen oder eine geeignete Versicherung, also eine Vertrauensschadensversicherung abzuschließen (§ 12 Abs. 1 VersVermV). Dies gilt allerdings nicht, wenn er vom Versicherer Inkassovollmacht hat, da insoweit der Versicherungsnehmer an ihn schuldbefreiend zahlen kann (§ 12 Abs. 1 Satz 2 VersVermV). Die Sicherheit kann durch eine Bankbürgschaft oder durch Bürgschaft eines Kautionsversicherers geleistet werden.

Die Versicherung bzw. die Sicherheit muss von ihrem Umfang her mindestens 4 % der jährlich vom Versicherungsmakler entgegengenommenen Prämieinnahmen abdecken, mindestens jedoch in Höhe von 15.000,00 Euro. Auf Verlangen des Versicherungsnehmers hat der Versicherungsmakler die

Sicherheiten bzw. die Versicherungen zur Kundengeldsicherung nachzuweisen (§ 13 VersVermV).

Nimmt der Versicherungsvermittler dennoch Zahlungen des Versicherungsnehmers an, handelt er ordnungswidrig, so dass ein Bußgeld verhängt werden kann (§ 18 VersVermV).

Auf Initiative der Behörde sind Versicherungsmakler – nicht der Versicherungsvertreter - aus besonderem Anlass im Rahmen einer außerordentlichen Prüfung auf ihre Kosten zu kontrollieren (§ 15 VersVermV). Die Prüfungspflicht kann sich darauf erstrecken, ob die Vorschriften über die Kundengeldsicherung sowie die Buchführungspflicht einzuhalten sind. Der Versicherungsmakler ist gemäß § 14 VersVermV verpflichtet, alle im Rahmen der Kundengeldsicherung relevanten Informationen aufzuzeichnen, die Art und Höhe der Vermögenswerte des Versicherungsnehmers, die er zur Weiterleitung an den Versicherer erhalten hat sowie die Instrumente zur Kundengeldsicherung einschließlich einer Kopie der Bürgschaftsurkunde oder des Versicherungsscheins. Ferner muss der Versicherungsmakler dokumentieren, inwieweit er Vermögenswerte des Versicherungsnehmers verwendet hat (§ 14 VersVermV).

X. Schlichtungsstelle

Der Ombudsmann der privaten deutschen Versicherer bzw. der „Versicherungsombudsmann e.V.“ wird als Schlichtungsstelle fungieren. Bei Streitigkeiten im Zusammenhang mit Verträgen im Bereich der privaten Kranken- und Pflegeversicherung soll auf den für diese Sparten eingerichteten Ombudsmann zurückgegriffen werden. Das Verfahren wird für den Beschwerdeführer und wohl auch für die gebundenen Vermittler voraussichtlich kostenfrei sein, während freie Vermittler einen Kostenbeitrag entrichten sollen.